



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 24.10.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 27. Oktober 2025

Fokusthema: **Wohnen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung eines dringlichen Postulats zu Spendengeldern des Flughafens und der Schlussabstimmung über den Erlass des Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes über vier Volksinitiativen zur Wohnungspolitik diskutieren. Anschliessend stehen die Abschreibung von verschiedenen Vorstössen und Umsetzungsvorlagen zu zwei Motionen auf der Traktandenliste.

Transparenz bei den Spendengeldern des Flughafens gefordert

Als erstes Geschäft behandelt der Rat ein dringliches Postulat im Zusammenhang mit den Spenden der Flughafen Zürich AG ([KR-Nr. 273/2025](#)). SP-Kantonsrätin Sibylle Marti möchte den Regierungsrat einladen, in einem Bericht alle Spenden, Mitglieder- und Kampagnenbeiträge, die seit 2020 von der Flughafen Zürich AG bezahlt wurden, mit Datum, Betrag, Empfänger und Zweck zu publizieren. Für die Zukunft soll zudem ein öffentlich einsehbares Spendenregister eingerichtet werden. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Er argumentiert, dass der Kanton als Aktionär weder eigenmächtig über Informationen der Flughafen Zürich AG verfügen noch beliebig Informationen von dieser einfordern kann.

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Schlussabstimmung zu den Grundsätzen der Standortförderung

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zum Erlass des Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes zu erwarten ([5908](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um unumstrittene formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), bevor in der Schlussabstimmung über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung den Entwurf beraten und über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt. Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Ziel des Gesetzes ist es, bewährte Grundsätze der Standortförderung gesetzlich zu verankern und Unternehmen administrativ zu entlasten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Vier Volksinitiativen zu Wohnungsthemen

Nachdem der Kantonsrat Ende Juni die erste der fünf derzeit hängigen Volksinitiativen zu Wohnungsthemen – jene zum Vorkaufsrecht der Gemeinden (5969) – abgelehnt hat, wird er am Montag über die vier weiteren Volksbegehren befinden. Sollten die Initiativen bis zur Mittagspause nicht durchberaten sein, geht die Behandlung am Nachmittag weiter. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») abzulehnen ([5994](#)). Ihr soll ein Gegenvorschlag entgegengestellt werden, mit dem günstige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zum Verfassungsauftrag erhoben werden. Eine Minderheit will der Volksinitiative zustimmen und lehnt den Gegenvorschlag ab. Mit dieser Volksinitiative sollen Kanton und Gemeinden den Verfassungsauftrag erhalten, für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu sorgen und ökologische Bauweisen zu fördern. Ebenfalls mit 10 zu 5 Stimmen beantragt die WAK, die «Wohnschutz-Initiative» abzulehnen ([5987](#)). Mit 9 zu 6 Stimmen will sie ihr einen Gegenvorschlag entgegenstellen, mit dem Leerkündigungen gesetzlich reguliert werden sollen. Eine Minderheit

präsentierten einen eigenen Gegenvorschlag, der näher an den Forderungen der Initiative liegt als jener der Mehrheit, und eine andere Minderheit will der Volksinitiative zustimmen. Mit dem Volksbegehren wird gefordert, dass Gemeinden Bestimmungen über den sogenannten Wohnschutz erlassen dürfen. Mit 9 zu 5 Stimmen beantragt die WAK die «Wohneigentums-Initiative» des Hauseigentümerverbands Kanton Zürich (HEV) zur Ablehnung ([5993](#)). Die Minderheit will der Volksinitiative zustimmen und hat auch einen Gegenvorschlag vorgelegt. Mit dem Volksbegehren wird gefordert, dass Kanton und Gemeinden im Grundsatz das selbst genutzte Wohneigentum gleich stark fördern sollen wie den gemeinnützigen Wohnungsbau. Knapp werden dürfte es bei der «Starthilfe-Initiative», die ebenfalls vom HEV kommt. Mit dieser wird gefordert, dass der Kanton Menschen, die jünger als 50 sind und über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, den Ersterwerb von Wohneigentum erleichtert. Die WAK beantragt mit Stichentscheid, die Initiative anzunehmen und ihr einen Gegenvorschlag entgegenzustellen ([5995](#)). Eine Minderheit der Kommission lehnt beides ab.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit «Wohnungsinitiative»: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Minderheit Annahme «Wohnschutz-Initiative»: Gianna Berger (AL, Zürich), 079 129 93 14

Minderheit alternativer Gegenvorschlag zur «Wohnschutz-Initiative»: Donato Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen), 078 764 87 17

Minderheit Annahme «Wohneigentums-Initiative» und Gegenvorschlag: Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil), 078 935 21 07

Minderheit Ablehnung «Starthilfe-Initiative» und Gegenvorschlag: Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich), 079 233 25 67

Postulat zur CO₂-freien Personenschiffahrt soll abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion wird die Abschreibung eines Postulats der Grünen betreffend «Personenschiffahrt auf CO₂-freien Antrieb umrüsten» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 176/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, einen Umsetzungsplan für die rasche Treibhausgasneutralität der öffentlichen Personenschiffahrt auf den Zürcher Gewässern vorzulegen. In seiner Postulatsantwort hält der Regierungsrat fest, dass die Vorgaben der kantonalen Klimastrategie eingehalten werden können.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Motion zur Rechtsstellung von Care-Migrantinnen soll abgeschrieben werden

Kontrovers diskutiert werden dürfte die Motion von GLP und SP betreffend «Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen». Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die Motion als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 458/2020](#)). Die Kommissionsmehrheit stützt sich dabei auf die Einschätzung des Regierungsrates, wonach die Umsetzung der Forderungen aufgrund fehlender kantonalen Zuständigkeit rechtlich nicht möglich sei. Eine Minderheit aus Grünen, SP und GLP hingegen erachtet den Handlungsbedarf weiterhin als dringlich und beantragt die Rückweisung der Vorlage. Sie fordert den Regierungsrat auf, die in seinem Zuständigkeitsbereich möglichen Massnahmen zu treffen, um den Schutz vor physischer und psychischer Ausbeutung zu gewährleisten und gleichzeitig die Stellung der Hausangestellten im Rahmen des kantonalen Normalarbeitsvertrags zu stärken.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Kein Fonds für Zürcher Uferwege

Der Kantonsrat hat vor drei Jahren die Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL an den Regierungsrat überwiesen, mit der gefordert wurde, dass die

gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat nun mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion nicht einzutreten ([KR-Nr. 61/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Die Kommissionsmehrheit befand mit dem Regierungsrat, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit aus SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Horgen), 076 365 78 06

Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden

Rasch behandelt werden dürfte das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 88/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und guter Qualität durch den ÖV erschlossen sei.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Knappe Mehrheit lehnt Velo-Vorlage ab

Gleich drei Motionen zu Velo-Themen in einer Vorlage wird der Kantonsrat voraussichtlich gegen Ende der Nachmittagssitzung behandeln. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zu den drei Vorstössen nicht einzutreten. Konkret geht es um die Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» ([KR-Nr. 364/2020](#)), «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» ([KR-Nr. 365/2020](#)) und «Thesaurierender Fonds für Radwege» ([KR-Nr. 62/2021](#)). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Für sie würde der thesaurierende Fonds Gelder binden, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zudem ist sie der Ansicht, dass die Vorlage einen grossen Aufwand für die Aufschlüsselung von Strassenbauprojekten mit sich bringen würde. Die Haupthindernisse für den Veloverkehr sieht sie in den Verfahren und Einsprachen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen erkennt hingegen Handlungsbedarf bei den Anliegen der Motionen und spricht sich dagegen aus, diese in einer Umsetzungsvorlage zusammenzufassen. Die Minderheit beantragt daher Eintreten, sodass in der Folge ein Antrag auf Aufteilung der Vorlage gestellt werden kann.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Horgen), 076 365 78 06

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch